

Umfrage bei Teilnehmern der IHK-Vollversammlung, unserer Netzwerke und Regionalforen:

Antworten auf die Frage: Wo sehen Sie konkreten Handlungsbedarf im Bereich von bürokratischen Auflagen?

Sie sehen weiteren Handlungsbedarf, der auf unserer Seite noch nicht abgedeckt ist. Dieses Dokument wird regelmäßig aktualisiert und für politische Gespräche verwendet. Senden Sie uns Ihr Beispiel für überrordende Bürokratie gerne per Mail an:

wirtschaftspolitik@mittlerer-niederrhein.ihk.de

Im Folgenden finden Sie Antworten von Unternehmen vom Mittleren Niederrhein auf o.g. Frage:

- Die Politik (alle Ebenen) sollte sich stärker auf die Expertise in lokalen/mittelständischen Unternehmen stützen.
- Einladungen zu Konsultationen sollte präserter sein und die Teilnahme besser incentiviert werden.
- Pragmatische Good Enough Ansätze sollten Vorrang vor dem Perfekten 100% Ansatz haben

Bei der Gründung und Ingangsetzung unserer GmbH haben wir die ganze Erbärmlichkeit der deutschen Bürokratie leidvoll erfahren müssen. Es ist ein Trauerspiel wie der Beamtenapparat das Unternehmertum abwürgt. Der gesamte Prozess - von der Beurkundung durch den Notar, über die Registereintragung und Vergabe der Steuernummer - ist dermaßen anachronistisch organisiert, dass es einen graust. Es ist einfach lächerlich, dass man im Zeitalter der Digitalisierung über 2 Monate auf eine Steuernummer warten muss, um endlich Rechnungen schreiben zu können. Beim Gewerbeamt haben wir die GmbH i.Gr. angemeldet und später - nach der dann doch noch erfolgten Eintragung - die "fertige" GmbH. Das Gewerbeamt mahnte später die Abmeldung der GmbH i.Gr. an. Man hätte sonst zwei Gewerbe an der gleichen Adresse. Unfassbar, diese Schwerfälligkeit.

Warum kann nicht der Notar alle relevanten Vorgänge anstoßen und eine Betriebsnummer bei der SV, die IHK-Anmeldung etc. pp anstoßen. Überall fängt man wieder bei Null an und muss dutzende Male die gleichen Informationen abliefern.

Das Kernproblem ist, dass die Mitarbeiter/innen in den Behörden die Verantwortung für Entscheidungen scheuen. Sie haben Angst Fehler zu machen und dafür nachher persönlich juristisch belangt zu werden. Daher sichern sie sich mit übermäßig vielen Gutachten, Sachverständigen usw. ab, damit ihnen nachher keiner einen Vorwurf machen kann, sollte mal etwas schiefgehen. Diese rein juristisch getriebenen Prozesse dauern viel zu lange und blockieren jeglichen Fortschritt. Zudem sind kontraproduktive Regelungen wie etwa zum Retentionsraum in Hafengebieten, die die Verkehrsverlagerungen behindern, oder auch Umweltverträglichkeitsprüfungen bei Ersatzbauten (insb. Brücken) zu streichen.

Die bürokratischen Hürden und Anforderungen bei Erweiterungsprojekten sind enorm.

Wir wollen eine Neue Produktionshalle bauen und ca. 10 neue MA einstellen. Für den Bauantrag benötigen wir:

- Architekt/Bauplaner
- Statiker
- Prüfstatiker zur Überprüfung des Statikers
- Entwässerungsgesuch
- Vermesser
- TGA Planer
- Brandschutzgutachten
- Bodengutachten durch Ing. Büro
- Baumfällgenehmigung durch die MAGS (wieso kann eine Stadtverwaltung das überhaupt privatisieren?)

Entsorgungsfachbetrieb

- Speicherung des Betriebstagebuches muss in der heutigen Zeit reichen - jeden Tag müssen hunderte von Seiten ausgedruckt werden, da nach heutigen Gesetzen das Betriebstagebuch in Papierform vorliegen muss.

- Übernahmescheine für Abfälle sind in anderen Ländern (Schweiz, Österreich, Niederlande) bereits digital - mit jeweiliger Kopie an die Behörden bzw. Regierungspräsidium. Alle IT-Anbieter haben dies schon nur kann es aufgrund fehlender Geräte und Software in den Behörden nicht umgesetzt werden.

Bundesweit jeden Tag Millionen von Blatt Papier

- Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) - Wir bekommen nun

Ausschreibungen mit 189! Seiten Anhang für das

Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) die wir zur Abgabe eines Angebotes ausfüllen sollen - dies meist auch noch in sehr kurzer Zeit. Weder haben wir als Mittelständler solche Kapazitäten noch verdienen wir diesen zusätzlichen Aufwand nicht!

- Entsorgungsfachbetrieb jährliche Rezertifizierung: Warum können Betriebe, die seit Jahren keinerlei Abweichungen haben nicht eine Verlängerung auf alle 2 oder sogar 3 Jahre bekommen !?

Erleichterung der Arbeiterlaubnis ausländischer Arbeitskräfte

-Es ist dringend nötig Informationen für die Unternehmen durch Organisationen / Städte/ Länderbehörden sofort nach Beschlussfassung zu übermitteln. Die Hürden der diversen Statistiken / Anträge / Selbstauskünfte (z.B. zum Lieferkettengesetz oder ESG) müssen durch einfachere Bearbeitung und ganz besonders durch normierte Verfahren schneller in der Bearbeitung werden. Ein griffiges Beispiel: Lieferkettengesetz: hier fragt jedes Unternehmen mit dem wir zusammen arbeiten einzeln die unterschiedlichsten Daten ab / Mit der Schaffung einer Plattform zu der Zugriffe gewährt werden und auf der dann nur einmal Daten zum Unternehmen hinterlegt werden können schafft man Transparenz und entlastet die Unternehmen stark. Das ließe sich auf viele Bereiche erweitern.

Generell ist es so, dass Mitarbeiter und Endverbraucher geschützt werden sollen. Diesen Schutz sollen mehr und mehr die Unternehmen tragen. Die Eigenverantwortung jedes einzelnen sinkt dadurch. Für die Unternehmen bedeuten diese Maßnahmen und bürokratischen Auflagen viel Aufwand, hohe Kosten und einen Verlust von wertvollen Zeitressourcen, um sich um das eigentliche Geschäft zu kümmern.

Konkreter Handlungsbedarf besteht z.B. beim Arbeitsschutz, steuerlichen Fragen, mehr und mehr der Umweltschutz, Dokumentationspflichten, Datenschutz.

LKSG Deutschland & EU, CSRD, EU-Taxonomie, CBAM, usw.

Viele Abläufe bei der Arbeitsagentur sind zu langsam und komplex. Auch die Einstellung von Flüchtlingen leidet unter bürokratischen Hemmnissen
Alle Abläufe und Dokumentationsverfahren zum Thema Steuern und Abgaben sind zu aufwendig. Die meisten Fördermaßnahmen und die damit verbundenen bürokratischen Vorgaben der Anträge sind zu aufwendig, Wir haben dafür keine Zeit

Berichtspflicht gegenüber IT NRW über Umsätze und Mitarbeiterzahl: Jedes Unternehmen meldet im Rahmen der Umsatzsteuervoranmeldungen die Umsätze monatlich beim Finanzamt. Statistikämter sollten stärker mit Finanzbehörden zusammenarbeiten.

Notwendigkeit, Kontoauszüge in Papierform vorzuhalten.
Verbesserungsvorschlag: Finanzbehörden akzeptieren elektronische Kontoauszüge

A1-Entsendebschränkung für Reisen in EU-Länder. Verbesserungsvorschlag: Generell abschaffen für Reisen unter 48 h und für Reisen ohne berechnete Arbeitsleistung wie Messe- und Kongressbesuche, Kundengespräche, Schulungen etc.

Nachweisgesetz zu Arbeitsbedingungen (seit 1.8.2022).
Verbesserungsvorschlag: elektronische Kommunikation erlauben.

Einheitliches eRechnungsformat für alle Behörden und öffentlichen Stellen (z B. xRechnung - dann auf ZUGFeRD verzichten).

Obwohl entsprechende Daten zu Kindern ja bei den Meldebehörden, den Finanzbehörden und natürlich auch zwecks Familienversicherung bei den zuständigen Krankenkassen vorliegen dürften, wird die Umsetzung des „Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz“ an die AGs weitergeleitet. Zum Glück ist ein digitales Verfahren zu Erhebung dieser Daten ja schon bis Ende 03/2025 geplant, also noch nicht mal 2 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes, was will man mehr?!

Es wird so sein, dass alle Kinder mit Namen und Geburtsdatum im System erfasst werden, dann errechnet unser System den individuellen Beitragssatz automatisch. Ein entsprechendes Datenerfassungsformular haben wir über die Juni-Lohn-/ Gehalts-Abrechnung unseren Mitarbeiter*innen zukommen lassen. Grundsätzlich finden wir es in Ordnung, die Pflegeversicherungsbeiträge anzuheben, wenn denn die zusätzlichen Mittel auch vernünftig eingesetzt werden (das ist ein anderes Thema). Auch ist es richtig, dass Arbeitnehmer mit Kindern entlastet werden sollen. Da aber doch die meisten nur ein Kind haben, ändert sich für die nichts. Erst ab dem 2. Kind stellt sich für die Arbeitnehmer eine Ersparnis im AN-Anteil von satten 0,075 % ein. Konkretes Beispiel (Galabau-Meister, Baustellenleiter, 2 Kinder), Ersparnis p.a. ca. EUR 41,69. Na, da lohnt sich der administrative Aufwand der Betriebe doch wirklich.

Genehmigungen für Schwerlasttransporte über die Autobahn GmbH – Dauer bis zur Entscheidung hat sich verlängert: Für jede Straße und jede Brücke, die unser Spediteur mit seinen Fahrzeugen nehmen will, braucht er eine Genehmigung. In der Vergangenheit waren hierfür vor allem die Bundesländer zuständig. Seit einiger Zeit kommt es zusätzlich auf die „qualifizierte fachliche Stellungnahme“ der Autobahn GmbH des Bundes und ihren Niederlassungen an, die für die deutschen Autobahnen die Verantwortung tragen. Seit Anfang 2023 müssen sie angehört werden, wenn Schwertransporter auf der Autobahn fahren wollen. Seitdem dauert es bis zu 12 Wochen bis zu einer Entscheidung – teilweise wird dann ohne Begründung abgelehnt.

Kassenbonpflicht

Durch das Energieeffizienzgesetz erhöhen sich unsere bürokratischen Auflagen erneut, obwohl die Regierung gleichzeitig verspricht, Bürokratie abzubauen.